

Die Anträge zur GV am 10. November 2018

bei der Abstimmung waren 24 Stimmberechtigte anwesend – damit ein Antrag als beschlossen gilt, brauchte es 60 Prozent der anwesend Stimmberechtigten mit einem Pro-Votum

Anträge der Plattform der Unabhängigen:

1) Wien Anders bleibt offen für die Erweiterung des Wahlbündnisses, wir gehen auch aktiv auf andere potenzielle BündnispartnerInnen zu.

Einstimmig

2) Wir fordern in dem Fall, dass Wien Anders auf Ebene des Gemeinderats kandidiert, eine weiblich-männliche Doppelspitze für die GR-Liste.

10 Pro-, 11 Gegenstimmen – Antrag abgelehnt

3) Wien Anders soll durch gute Öffentlichkeitsarbeit und eine professionelle Organisation verstärkt sichtbar gemacht werden. Wir beantragen die Einsetzung einer AGru, die ein Konzept dafür erarbeitet und nach geeigneten Menschen sucht, die diese Aufgaben übernehmen und dafür auch bezahlt werden.

Bei 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen

Anträge von Stefan Ohrhallinger

Antrag 4 auf Aufnahme in das Programm (Spekulationsverhinderung):

Profite aus Immobilienspekulation verhindern, z.B. durch höhere Besteuerung der Spekulationsgewinne.

Begründung:

Die Immobilienspekulation ist, v.a. seit der Krise 2008, die viel Kapital in den Immobilienmarkt gelenkt hat, einer der Hauptfaktoren der derzeit steigenden Immobilienpreise, mit denen auch die real verlangten Mieten steigen.

Wenn der Wohnungsmarkt für die professionelle Spekulation mit Kapital uninteressant wird, können die Immobilienpreise und damit die real verlangten Mieten wieder sinken. Das ermöglicht auch die massive Errichtung von Gemeindebauwohnungen auf verbilligtem Boden und dafür befürworten wir die höhere Besteuerung der Profite aus Immobilienspekulation.

Bei 3 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen

Antrag 5 auf Aufnahme in das Programm (Gemeindebau-Selbstverwaltung):

Die Unternehmung "Stadt Wien - Wiener Wohnen" ist als Gesamtheit unter Selbstverwaltung der BewohnerInnen zu stellen, nach dem Modell Sozialversicherung, jedoch demokratisch.

Begründung:

Die derzeit ausgegliederte Verwaltung begünstigt Korruption durch politischen Filz und verhindert effektive Kontrolle. Es gibt zahlreiche dokumentierte Missstände wie zu teure oder falsch verrechnete Betriebskosten und Korruption durch Angestellte oder mehrfach verrechnete Leistungen, sowie eine mögliche Quersubvention des allgemeinen Budgets der Stadt Wien. Dies kann von den dort Wohnenden effektiv kontrolliert und abgestellt werden, wenn sie die Verwaltung der gesamten Unternehmung bestimmen können.

Bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen

Antrag 6 auf Aufnahme in das Programm (Gemeindebau-Flächenbeschaffung):

Massive Errichtung von Gemeindebauwohnungen gemäß dem prognostizierten wachsenden Wohnbedarf und dafür die Ermöglichung der Ablöse der für dieses öffentliche Interesse benötigten Grundstücke/Immobilien von Privaten zum Zeitwert der darauf getätigten baulichen Investitionen.

Begründung:

Derzeit ist es kaum mehr möglich, in Wien Gemeindebauten zu errichten, die nach den zu bezahlenden hohen Grundkosten noch mit der Richtwertmiete zu finanzieren sind. Dadurch werden auch kaum Gemeindewohnungen gebaut und diese hauptsächlich in weniger attraktiven Gegenden am Stadtrand. Aber auch finanziell Schwache haben das Recht auf Gutes Wohnen - wir wollen wieder Volkswohnpaläste. Der abzulösende Zeitwert entspricht den Baukosten zum Zeitpunkt der Errichtung/Sanierung und sinkt danach gemäß der Abschreibungsdauer. Die für November 2019 geplante Novelle der Bauordnung mit der Widmungskategorie "2/3 geförderter Wohnbau" löst dieses Problem nur für Neuwidmungen (v.a. Stadtrand) und kann z.B. für Häuser mit weniger als ca. 50 Wohnungen umgangen werden.

Mit 5 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt!!!da 60 % der anwesenden stimmberechtigten als Pro benötigt wird – was 15 Stimmen waren!!!

Anträge von Susanne Empacher

Antrag 7: Betrifft: BezirksrätInnen in der Öffentlichkeit sichtbar machen

Wir sollten gemeinsam überlegen in welchen Öffentlichkeiten wir unsere Ideen für linke Interessenspolitik auf Bezirksebene präsentieren und auch zur Diskussion stellen wollen. Es wäre wichtig zu klären wie wir gemeinsam und nicht nur als einzelner Bezirksrat bzw. Bezirksrätin auf die Menschen zugehen und sie für die Praxis interessieren können. Es ist wichtig zu zeigen, was wir mit einem Mandat realistisch machen können, wie wir mit Wünschen umgehen und um welche politische Praxis wir ringen. Ich schlage vor, für das Volksstimme-Fest 2019 ein Projekt zu entwickeln, das in unsere Arbeit als Bezirksräte/in Einblick gibt und es ermöglicht, Vorstellungen über linke Kommunalpolitik auszutauschen.

Begründung:

Es ist wichtig politisch Interessierte dafür zu gewinnen, dass linke Politik auf Bezirksebene notwendig und auch möglich ist. Wien anders kann den Raum dafür schaffen.

Bei 2 Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen

Antrag 8: Betrifft: sozial-ökologische Stadt

Ich schlage vor, dass wir uns als linkes Bündnis mit der Frage, was ist unsere Vorstellung von einer sozialen Stadt intensiver auseinandersetzen. Dabei wäre es gut auch Utopien zu entwickeln und sich nicht von der Frage, ob unsere Ideen (finanziell) realisierbar sind, einschränken zu lassen.

Begründung:

Soziale Politik ist mehr als Hilfe wo Mangel herrscht. Soziale Politik zielt nicht nur auf Hilfe zur Selbsthilfe ab, sondern ermächtigt Menschen selbst die Gesellschaft zu gestalten. Aktivitäten, die wir bereits als Bündnis setzen (wie z.B. Auseinandersetzungen um den Freiraum) könnten gebündelt werden.

Bei 1 Enthaltung mit großer Mehrheit angenommen